

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt

Einziges Tagesblatt im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptkollektors zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten
Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Beilage
Geschäftsstelle: Bischofswerda, Altmarkt 15. — Druck und Verlag von Friedrich Wap G. m. b. H. in Bischofswerda. Fernsprecher Nr. 444 und 445

Leserpreis: Jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Drei bis sechs halbmännlich Mk. 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pf. Einzelnummer 15 Pf. — Alle Postanstalten, sowie unsere Zeitungsverkäufer und die Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

Postfachkonto: Amt Dresden Nr. 1521. **Gemeindeverhandlungskasse Bischofswerda** Konto Nr. 64.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Belieferungsbeziehungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Vorkauf oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Goldmark): Die 43 mm breite einseitige Grundzeile 25 Pf., örtliche Anzeigen 20 Pf., die 60 mm breite Reklamespalte (im Textteil) 70 Pf. Zahlung in Papiermark zum amtlichen Briefkurs vom Posttag, jedoch nicht niedriger als zum Kurs vom Tage der Rechnung. — Rabatt nach Tarif. Die Sammelanzeigen tarifm. Ausschlag. — Erfüllungsort Bischofswerda

Nr. 25

Sonnabend, den 30. Januar 1926.

81. Jahrgang

Tageschau.

* Im Reichstag ist der Vertrauensantrag mit 160 gegen 150 Stimmen bei 130 Stimmenthaltungen angenommen worden. Im ganzen wurden abgegeben 440 Stimmen.

* Die Botschafterkonferenz hat dem deutschen Botschafter von Hoersch eine Note überreicht, in der mitgeteilt wird, daß die Befreiung der Kölner Zone am 31. Januar Mitternacht ihr Ende erreicht.

In Mailand kam es am Donnerstag zu deutschfeindlichen Kundgebungen vor dem deutschen Konsulat. Auch in Neapel und in Bari haben in den letzten Tagen deutschfeindliche Kundgebungen stattgefunden.

In der deutschen Gemeinde Unterfernborg in Südtirol wurde von den Italienern die Einweihung der neuen Kirchenglocken verboten.

Der amerikanische Senat stimmte mit 76 gegen 17 Stimmen dem Beitritt Amerikas zum Weltgerichtshof mit den vorher angenommenen Vorbehalten zu.

Zu den mit * bezeichneten Meldungen finden die Leser Ausführliches an anderer Stelle.

Der Vertrauensantrag mit knapper Mehrheit angenommen.

Berlin, 28. Jan. Im Reichstag wurde am Donnerstag die große politische Erklärung über die Regierungserklärung fortgesetzt.

Abg. Henning (Dölich) bekämpft das neue Kabinett Luther. Der Redner fordert im Falle einer Entseignung der Fürsten auch die Entseignung sämtlicher Ostjuden. Er richtet dann heftige Angriffe gegen die Regierung, die gestützt werden müsse. Sie sei eine Regierung der Henters-knechte am eigenen Volk. Bei den letzten Worten entsetzt große Unruhe im Hause. Am Regierungstische verfährt man erregt die weiteren Ausführungen. Bei den letzten Worten Henning's springt Dr. Luther in großer Erregung auf, tritt auf den Abgeordneten Henning zu und ruf: „Ich verbitte mich derartige Behauptungen ganz energig!“ (Im Hause entsteht ungeheure Aufregung.)

Der Abgeordnete Henning will sich dann auf seinen Platz begeben. Auf dem Wege dahin umringen ihn zahlreiche Abgeordnete, die in großer Erregung sind. Minutenlang erschallt der Ruf: „Raus!“ Der Vizepräsident Dr. Bell schafft nur mit Mühe Ruhe. Er erklärt dann, daß der Abgeordnete sich einen schweren Verlust gegen die parlamentarischen Gebräuche habe zuschulden kommen lassen, so daß er ihn von der Sitzung ausschließe. Die Mehrheit nimmt diese Vertilgung mit lebhaftem Beifall entgegen, während die Dölich'schen während antworten. Der Abgeordnete Henning verläßt darauf das Haus.

Abg. von Lindeler-Wilbau (Dinol.) erklärt, er sei überzeugt, daß er die Zustimmung seiner Fraktionsfreunde habe, wenn er die taktlose Entseignung seines Vordredners entschieden mißbillige. (Lebhafter Beifall.) Die heutige deutsche Außenpolitik werde dem Ernste der internationalen Lage nicht gerecht. Auch wir sind der Meinung, so fährt der Redner fort, daß wir eine erfolgreiche Außenpolitik nur treiben können auf dem Wege einer Verständigung mit unseren früheren Feinden. (Hört, hört! in der Mitte.) Aber wir wollen nicht allein die Gebenden sein. Nach dem Enttäuschungen bezüglich der Rückwirkungen aus dem Locarnovertrage dürfen wir nicht unseren letzten Trumpf, den Eintritt in den Völkerbund, ohne sichtbare Gegenleistungen aus der Hand geben.

Der Redner fordert dann den Schutz der nationalen Minderheiten und die Rückgabe der deutschen Kolonien sowie das Recht der Selbstbestimmung bei einer Vereinigung mit Oesterreich und den deutschen Minderheiten anderer Länder.

Abg. Koehnen (Komm.) protestiert gegen den Ausschluß des Abgeordneten Henning. Dadurch werde die Opposition dezimiert. Vizepräsident Dr. Bell verwahrt sich dagegen, als ob er sich beim Ausschluß Henning's von dem Hause oder von dem Reichstag habe beeinflussen lassen. Er sei nur leinonem Gewissen gefolgt. Abg. Koehnen richtet heftige Angriffe gegen einzelne Minister und Parteiführer und wird zur Ordnung gerufen und mehrfach gerügt.

Der Sprecher der Wirtschaftlichen Vereinigung Abg. Drevwisch kündigte an, daß diese nicht für ein Vertrauensvotum stimmen werde.

Abg. Dreifisch (Soz.) bringt dann den Standpunkt der Sozialdemokratischen Partei zur Kenntnis und verliest eine

Erklärung. Darin wurde dem außerpolitischen Kurs der Regierung zugestimmt, das innerpolitische Programm aber als unbefriedigend erklärt. Aus außenpolitischen Gründen lehnt die sozialdemokratische Fraktion Mißtrauensanträge gegen die Regierung ab. Aus innerpolitischen Gründen aber kann sie einem Vertrauensvotum nicht zustimmen, und sie ist daher zu dem (in einer vor Beginn des Plenums abgehaltenen Fraktionsitzung gefaßten) Beschluß gekommen, Stimmenthaltung zu üben.

Den Schluß der sächsischen Auseinandersetzungen machte ein von dem Volksparteier Dr. Scholz befürworteter Antrag, die deutschnationalen Bedingungen wegen des Eintritts in den Völkerbund mit Rücksicht auf die schwebenden internationalen Verhandlungen dem Auswärtigen Ausschuss zu überweisen.

Nachdem sich dann noch einmal Graf Westarp für die deutschnationalen Redner polemisiert hatte, ergriff der

Reichsaußenminister Dr. Stresemann

zu einer kurzen Erklärung das Wort. Er hat dringend, Einzelheiten des Meinungsstreites um die außenpolitischen Notwendigkeiten nicht vor der Öffentlichkeit des Plenums zu erörtern, sondern sie dem Auswärtigen Ausschuss vorzubehalten, aber er machte einige sachliche hochbedeutende Mitteilungen. Er teilte mit, daß die Räumung der Kölner Zone nach den letzten offiziellen Mitteilungen der Befehlsmächte am 31. Januar beendet sein werde, und er verlas eine Mitteilung aus Paris, in der sich die Regierungen der Befehlsmächte gegen die Gerüchte von einer erhöhten Befehlsmächte wenden und ihre Auffassung dahin formulieren, daß die Befehlsmächte den normalen Befehlsmächte im befehlten Gebiet entsprechend herabgemindert werden sollen und daß die entsprechenden Maßnahmen sofort nach dem Inkrafttreten der Locarnoverträge erfolgen werden.

Abg. Stöcker (Komm.) verliest eine längere Erklärung seiner Fraktion, in der das Mißtrauen gegen die Reichsregierung mit der Arbeiterfeindschaft und der Kapitalistenfreundlichkeit der Regierung Luther begründet und den Sozialdemokraten die Schuld daran zugeschrieben wird, wenn es der Regierung Luther ermöglicht würde, weiter zu amtieren.

Damit schließt die Debatte. Es entspinnt sich dann eine Geschäftsordnungsdebatte über den Ausschluß des Abg. Henning.

Präsident Löbe erklärt: Es ist nicht ausgeschlossen, daß durch die Stimme des ausgeschlossenen Abgeordneten das Schicksal des Kabinetts wesentlich beeinflusst wird. (Heiterkeit.) Ich schlage deshalb vor, da der Abgeordnete Henning nur für diese Sitzung ausgeschlossen ist, diese Sitzung zu schließen und in fünf Minuten eine neue Sitzung einzuberufen, an der der Abgeordnete Henning teilnehmen könnte.

Abg. v. Guérard (Z.): Die Beleidigung, die der Abg. Henning nicht nur dem Herrn Reichskanzler, sondern dem ganzen Reichstage ins Gesicht geschleubert hat, ist mit absoluter Kaltblütigkeit ausgesprochen worden, so daß wir den Vorschlag des Herrn Präsidenten deswegen ablehnen müssen. (Lebhafter Zustimmung in der Mitte.)

Abg. Müller (Franken, Soz.) schlägt vor, daß man den ausgeschlossenen Abg. Henning fragen solle, ob er sich vor dem Hause entschuldigen wolle. (Großer Lärm.)

Nachdem Präsident Löbe mitgeteilt hat, daß Abg. Henning diese Frage bereits vornehm hat, beginnen die

Abstimmungen.

Zunächst wird der außenpolitische Antrag der Deutschnationalen gegen die Antragsteller und Kommunisten dem Auswärtigen Ausschuss überwiesen.

In namentlicher Abstimmung wird dann der Vertrauensantrag mit 160 gegen 150 Stimmen bei 130 Enthaltungen angenommen.

Dieses Ergebnis wird bei den Kommunisten mit Pfulrufen, in der Mitte mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Die Mißtrauensvoten sind damit erledigt.

Gegen 1/8 Uhr verläßt sich das Haus auf Freitag 2 Uhr nachmittags. Kleine Vorlagen.

Die fehlenden Abgeordneten bei der heutigen Abstimmung.

Berlin, 29. Januar. (Drabik.) Bei der entscheidenden Abstimmung in der heutigen Reichstagsitzung über das Vertrauensvotum für das Kabinett Luther fehlten folgende Abgeordnete:

Von den Sozialdemokraten: Dr. Bernström, Braun-Düßeldorf, Breg, Dietrich-Lühring, Ged, Jäger, Dr. Seng, Dr. Wittenstein, Wöhring, Wollsch, Peters, Sanger, Frau Schilling, Schred, Schulz-Bremen, Frau Dr. Stegmann, Thobor, Ulrich; von den Deutschnationalen: Bazille, Müller, Juller, Köhner, Bind, Freiberger von Ritzhosen-Breslau, von Tirpitz, Vogt; vom Zentrum: Bol-

Borneski, Gittmann, Dr. Hompel und Dr. Wirth; von der Deutschen Volkspartei: Dr. Gildemeister, Dr. Heinge, Hepp, Dr. Hugo, von den Kommunisten: Frau Golte, Hörnske, Menzler, Schlagewerth, Frau Zeltin; von den Demokraten: Kroll, Dr. Schilling; von der Wirtschaftlichen Vereinigung: Weier-Dresden, Eisenberger; von der Sächsischen Volkspartei: Reibel; von den Dölich'schen: Dr. Bell, Dietrich-Franken, Major Henning, Lubendorf, Schröder-Paderborn, Streffer, Weidenhöfer. Außerdem hat gefehlt der Abg. Langen-Hegermann. Der andere Fraktionschef, der frühere kommunistische Abgeordnete Kah, stimmte wie die Kommunisten, mit nein. Abg. Kerkbaum, der als Mitglied des Sächsischen Bauernbundes der Wirtschaftlichen Vereinigung angehört, stimmte mit ja, während die übrigen Fraktionsmitglieder Stimmenthaltung übten. Eine Stimme wurde für ungültig erklärt, da sie doppelt abgegeben worden war. Es haben für den Vertrauensantrag gestimmt vom Zentrum 64, von der Deutschen Volkspartei 47, von der Sächsischen Volkspartei 18, von den Demokraten 30, von der Wirtschaftlichen Vereinigung 1 Mitglied, insgesamt 160 Mitglieder. Es haben gegen den Vertrauensantrag gestimmt von den Deutschnationalen 102, von den Kommunisten 39, von den Dölich'schen 8 Mitglieder, 1 Fraktionschef (Kah), insgesamt 150 Mitglieder. Der Stimme enthalten haben sich 112 Sozialdemokraten und 18 Mitglieder der Wirtschaftlichen Vereinigung, insgesamt 130 Mitglieder. Von den 131 Sozialdemokraten haben 18 gefehlt, und eine Stimme war ungültig, von den 110 Mitgliedern der Deutschnationalen Volkspartei haben 8 gefehlt, von den 68 Zentrumsmitgliedern 4, von den 31 Mitgliedern der Sächsischen Volkspartei 4, von den 44 Kommunisten 5, von den 33 Demokraten 2, von den 21 Mitgliedern der Wirtschaftlichen Vereinigung 2, von den 19 Mitgliedern der Sächsischen Volkspartei 1, von den 15 Dölich'schen 7 Mitglieder, einschließlich des aus der heutigen Sitzung ausgeschlossenen Abg. Henning. Außerdem hat der Fraktionschef Langen-Hegermann gefehlt.

Die Berliner Presse zum gestrigen Abstimmungsergebnis.

Berlin, 29. Januar. Die Berliner Blätter nehmen zum gestrigen Abstimmungsergebnis im Reichstag, das eine geringe Mehrheit für das Kabinett Luther erbrachte, ausführlich Stellung. Die „Tägliche Rundschau“ sagt, nun sei die Bahn frei für sachliche Arbeit. In dem Kampf um den Staat werde sich zeigen, ob die Regierung auf der Basis des gestrigen Vertrauensvotums weiteren Boden gewinne. Der „Völkischer“ meint, das zweite Kabinett Luther werde zwar vom Reichstag nicht getragen, doch gerade eben geduldet. Auf dieser Basis werde es schwerlich fruchtbringende Arbeit leisten können. Der „Tag“ schreibt: Statt einem lebensfähigen, fröhlichen Regierungsbild gebiert der Reichstag dem deutschen Volke, medizinisch ausgedrückt, einen Bluter, der bei der geringsten zufälligen Verletzung schon dem Tode ausgeliefert ist. Die „Rechtszeitung“ sagt, die Staatskrise sei nur vertagt, nicht überwunden. Diese Regierung sei nicht einmal auf Sand, sondern in die Luft gebaut. Die „Deutsche Tageszeitung“ betont, die neue Regierung habe nun die Möglichkeit, zu bewellen, daß sie etwas könne. Darauf werde es hinsichtlich ihrer Lebensdauer allein ankommen. Die Lage sei viel zu ernst, als daß gewichtige Gruppen beständen, die leichtfertige Ministerstürze betrieben. Die „Berliner Zeitung“ begrüßt, obwohl sie mit der Locarnopolitik nicht einverstanden sei, den Erfolg der politischen Führerpersönlichkeit, den Luther gestern errungen habe. Sie glaubt aber nicht an eine lange Dauer dieses Kabinetts. Der „Börsenkurier“ meint, es sei zwar nicht zu leugnen, daß die unklaren Verhältnisse der Regierung in jedem Augenblick neue Gefahren heraufbeschwören könnten, aber die Scheu vor der Auflösung werde sicher über manche Klippen hinweghelfen. Das „A. T.“ vertritt die Auffassung, die Koalition der Mitte werde sich in der ganzen Außenpolitik nicht zeigen, so daß bei der überwindenden Mehrheit aller innenpolitischen Entscheidungen automatisch zur Großen Koalition erweikern. So werde das Kabinett bei seiner praktischen Arbeit viel fester bestehen, als es bei der Abstimmung den Anschein gehabt habe. Die „Börsenzeitung“ meint, aus dem neutralen Kabinett der Mitte sei ein Kabinett der verschleierten Großen Koalition geworden, die nur noch der formellen Bezeichnung nach ein Minderheitskabinett sei. Der „Vorwärts“ sagt, die sozialistische Reichstagsfraktion befände sich in einer nicht ungünstigen politischen Lage, auf deren Ausnutzung man einige bescheidene Hoffnungen setzen dürfe.

Tagung des Verwaltungsrates der Reichsbahn.

Berlin, 29. Januar. (Drabik.) Vom 26. bis 28. Januar hielt der Verwaltungsrat der deutschen Reichsbahngesellschaft in Berlin seine regelmäßige Tagung ab. Im Vordergrund der Erörterungen standen finanzielle Fragen. Die Einnahmen aus dem Reichsbahnbetriebe sind seit dem Herbstmonat entsprechend dem schwachen Güter- und Personenerverkehr ständig zurückgegangen, so daß im Januar 1926 die durchschnittliche Tageseinnahme voraussichtlich um etwa 2 Millionen Mark hinter den erwarteten Einnahmen von 15,6 Millionen Mark täglich zurückbleiben werde. Bei dieser Lage ist es für die deutsche Reichsbahngesellschaft unentwäglich, ihre Personalausgaben ohne gleichzeitige Tarif-erhöhung zu steigern. Verhandlungen mit den Gewerkschaften vor dem Schlichter in dem letzten Arbeiterstreik führten nicht zu einer Vereinbarung. Der Reichsarbeitsminister erklärte den daraufhin erfolgten Schiedspruch für verbind-